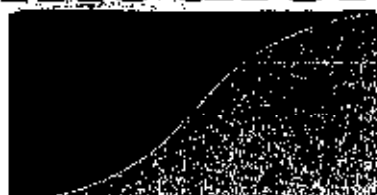


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 848 ppbn d



## Inhalt

Hans Apel MdB, Bundesminister der Verteidigung, erinnert an das Inkrafttreten des Soldatengesetzes vor 25 Jahren: Erreichtes nicht gering-schätzen.

Seite 1/2

Wolf-Michael Catenhusen MdB sieht in den fortgeschrittenen Reaktorlinien keinen Beitrag zur Lösung der Energieprobleme in diesem Jahrtausend: Stopp für Schnellen Brüter und Hochtemperaturreaktor.

Seite 3/4

### Dokumentation

Willy Brandt zur Mitbestimmung: Eine der bedeutendsten sozialen Errungenschaften ausbauen.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 63

1. April 1981

### 25 Jahre Soldatengesetz

-----  
Erreichtes nicht gering-schätzen

Von Dr. Hans Apel MdB  
Bundesminister der Verteidigung

Vor 25 Jahren - am 1. April 1956 - trat das Soldatengesetz in Kraft. Erstmals in der deutschen Geschichte wurde die Rechtsstellung der Soldaten so umfassend und eindeutig durch Gesetzesnorm geregelt. Nicht zuletzt: Dieses Gesetz gab den Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland den Namen "Bundeswehr".

Das Soldatengesetz ist eine der Regelungen, mit denen die Bundeswehr in die bestehende rechtsstaatliche Ordnung eingebunden wurde. Wehrverfassung und Wehrgesetzgebung waren eine große politische und planerische Leistung. Die parlamentarische Demokratie hat sich dabei bewährt.

Führende Sozialdemokraten, an hervorragender Stelle Fritz Erler, sahen Mitte der fünfziger Jahre trotz des außenpolitisch begründeten Nein zum Wehrbeitrag, ihre Aufgabe darin, ein politisch vernünftiges Verhältnis von Demokratie und Streitkräften zu schaffen. Es waren Sozialdemokraten, von Herbert Wehner ermutigt, die bei der Wehrverfassung und den wichtigsten Wehrgesetzen auf deren Inhalte richtungswaisend Einfluß nahmen.

Die Befehls- und Kommandogewalt des Verteidigungsministers, die Offenlegung des Wehretats und das Amt des Wehrbeauftragten gehen auf die Initiative von Sozialdemokraten zurück. Gerade in diesen Tagen soll daran erinnert werden, daß es Sozialdemokraten waren, die auch das Recht des Verteidigungsausschusses durchsetzten, sich als Untersuchungsausschuß zu konstituieren.



Das Soldatengesetz, die innere Ordnung der Streitkräfte, wurde in entscheidenden Passagen von Sozialdemokraten entworfen. Die Einordnung der Bundeswehr in den demokratischen Staat wurde mit Unterstützung der damals oppositionellen SPD oft genug gegen konservative Widerstände durchgesetzt. Die Arbeit trug Früchte. Helmut Schmidt hat das Ergebnis skizziert: "Zum ersten Mal in einer deutschen Verfassung waren die Streitkräfte keine extrakonstitutionelle Größe mehr, sondern in die Verfassung eingebaut, der politischen Führung unterstellt und vom Parlament kontrolliert."

Wie immer aber klappt zwischen Norm und Wirklichkeit eine Lücke. 25 Jahre Soldatengesetz sind daher weniger Anlaß zu Selbstzufriedenheit, vielmehr dazu, unvoreingenommen über die Aufgaben nachzudenken, die es jetzt anzupacken gilt. Manche Ereignisse in den vergangenen Monaten unterstreichen, daß das geboten ist.

So gibt es ernstzunehmende Anzeichen dafür, daß das soziale Klima in den Streitkräften verbessert und die Motivation unserer Soldaten gestärkt werden muß. Mir scheint es in diesem Zusammenhang vor allem geboten, den Einzelnen noch stärker als bisher in die Verantwortung zu stellen. Es gilt daher, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Soldaten zu verbessern. Hierzu werden wir die Stellung des Vertrauensmannes deutlich stärken. Sollte sich herausstellen, daß das geltende Recht dies nicht zuläßt, so müssen auch Gesetzesänderungen ins Auge gefaßt werden.

Ein anderer Aspekt bereitet ebenfalls Sorge: Die Ereignisse in Bremen und anderswo haben auch deutlich werden lassen, daß das zivil-militärische Verhältnis nicht frei von Problemen ist. Wir werden daher noch in diesem Monat hierüber eine intensive öffentliche Debatte mit Vertretern einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppierungen führen. Im Anschluß an diese Veranstaltung, die auch die Traditionspflege der Streitkräfte zum Thema hat, werde ich, nach Abwägen aller Argumente, die Entscheidungen treffen, die von der Sache her geboten sind.

Ganz allgemein aber kommt es darauf an, ein größeres Verständnis für die Notwendigkeit unserer Verteidigungsanstrengungen gerade bei jungen Menschen zu wecken. Mit den Kultusministern der Länder bin ich mir darüber einig, daß es auch zu den Aufgaben der Schulen gehört, sich mit den Bedingungen unseres Friedens und unserer Sicherheit im Unterricht auseinanderzusetzen. Wir haben vereinbart, unsere Zusammenarbeit in dieser Frage zu intensivieren.

Ein ernstes Problem bleibt die in jeder Beziehung unbefriedigende Regelung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer. Gerade bei jungen Menschen entstehen dadurch zunehmend Zweifel an unserer staatlichen Ordnung überhaupt. Wir müssen uns intensiv um eine Lösung bemühen, die den Leitsätzen des Bundesverfassungsgerichts entspricht und den Betroffenen gerecht wird. Ohne Kompromißbereitschaft werden wir in dieser Frage nicht vorankommen.

Die Bundeswehr besteht seit einem Viertel Jahrhundert. Es ist nur selbstverständlich, daß ihre Existenz nicht frei von Problemen ist. Zu Zweifeln oder gar Selbstmitleid besteht kein Anlaß. Wir dürfen vor allem nicht in den Fehler verfallen, Erreichtes geringzuschätzen. Die Bundeswehr kann stolz darauf sein, daß sie die Wehrverfassung der jungen Republik mit Leben gefüllt hat. Hierzu gehört ganz wesentlich das Soldatengesetz, das heute vor 25 Jahren in Kraft getreten ist. (-/1.4.1981/ks/oa)

+ + +



**Stopp für Schnellen Brüter und Hochtemperaturreaktor**

-----  
**Fortgeschrittene Reaktorlinien - kein Beitrag zur  
 Lösung der Energieprobleme in diesem Jahrtausend**

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie

Die Kosten für die Entwicklung und Produktion neuer Technologien wachsen rapide - bei neuen Waffensystemen ebenso wie beim Bau der Prototypen des Hochtemperaturreaktors und des Schnellen Brüters. So sind die Gesamtkosten für den HTR 300 (Hochtemperaturreaktor) in Schmehausen auf mittlerweile fast 2,4 Milliarden DM gestiegen. Anstehende Gerichtsentscheidungen könnten durch weitere Verzögerung die Gesamtkosten weiter ansteigen lassen. Die Gesamtkosten für den Bau des SNR 300 (Schneller Brüter) in Kalkar sind zwischen 1977 und 1981 von 2,5 auf 4,1 Milliarden DM gestiegen. Die Industrie rechnet schon jetzt mit Gesamtkosten von mindestens fünf Milliarden DM. Die Kostenklemme läßt Haushaltspolitiker die Frage stellen, ob die Bundesregierung überhaupt die Entwicklung beider fortgeschrittener Reaktorlinien finanziell verantworten kann. So treten Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter den Wettlauf ums Überleben gegeneinander an:

Das Bundesforschungsministerium neigt dazu, die HTR-Entwicklung einzustellen, das Land Nordrhein-Westfalen und die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie favorisieren energisch den Hochtemperaturreaktor. Es stellt sich aber die Frage, ob aus energiepolitischen Gründen in den nächsten Jahren eine derartige Konzentration öffentlicher Mittel für die Energieforschung auf die Entwicklung fortgeschrittener Reaktorlinien überhaupt verantwortet werden kann. Es gibt gewichtige Anhaltspunkte dafür, daß beide fortgeschrittenen Reaktorlinien keinen wirkungsvollen Beitrag zur Energieversorgung der Bundesrepublik in diesem Jahrtausend werden leisten können. Dies ist wohl auch der Hintergrund für die Zurückhaltung der Mehrzahl der Energieversorgungsunternehmen, sich hier stärker finanziell zu engagieren. Die Bedenken richten sich nicht nur gegen den Schnellen Brüter, bei dem der Deutsche Bundestag sich die Entscheidung über die Inbetriebnahme des Reaktors in Kalkar vorbehalten hat. Dies erfolgte wegen der noch nicht abschätzbaren Sicherheitsrisiken und der noch nicht absehbaren gesellschaftlichen Folgen einer Einführung dieses Reaktortyps. Bedenken richten sich auch gegen den Hochtemperaturreaktor:

1. Der HTR wird, wenn er vorrangig zur Stromerzeugung eingesetzt werden soll, gegenüber dem Leichtwasserreaktor chancenlos sein, der im Markt eingeführt ist und für den die Infrastruktur vorhanden ist. Schon die zu erwartenden niedrigen Stronzuwachsraten in der Bundesrepublik werden es gar nicht zulassen, daß neben dem Neubau konventioneller Kraftwerke zwei Reaktorlinien in größerer Stückzahl gebaut und in Betrieb genommen werden können.
2. Auch die Hoffnung, mit Hilfe des Hochtemperaturreaktors den Uranbedarf dadurch senken zu können, daß Thorium als Brennstoff verwendet wird, wird sich wohl nicht erfüllen lassen. Dies wäre nur dann zu verwirklichen, wenn ein eigener Thorium-Uran-Brennstoffkreislauf zusätzlich zum Uran-Plutonium-Brennstoffkreislauf geschaffen würde. Dies wird schon aus Kostengründen nicht zu realisieren sein. Es gibt dabei auch ungeklärte Sicherheitsfragen. So würde beim Verbrennen der graphithaltigen Brennelemente das radioaktive Kohlenstoff-Isotop C 14 freigesetzt werden. Dazu müßte wegen des Entstehens von Gamma-Strahlen die Wiederaufarbeitung fernbedient vorgenommen werden.



Deshalb ist schon jetzt vorgesehen, bei künftigen Hochtemperaturreaktoren zum Uran-Plutonium-Brennstoffkreislauf überzugehen, unter Verwendung niedrig angereicherter Urans 235, um die Wiederaufarbeitungstechnik für Leichtwasserreaktoren, die noch entwickelt werden muß, mitnutzen zu können.

3. Die an der Entwicklung des Hochtemperaturreaktors beteiligten Wissenschaftler heben ganz besonders die hohen Sicherheitsvorteile des HTR im Vergleich zum Schnellen Brüter und zum Leichtwasserreaktor hervor. Dies trifft im Vergleich zum Schnellen Brüter zweifelsfrei zu. Nur: Es gibt andersartige Sicherheitsprobleme beim Hochtemperaturreaktor. So ist hier der größte anzunehmende Unfall (GAU) nicht, wie beim Leichtwasserreaktor, der Kernschmelzfall, sondern das ungehemmte Aufheizen des Reaktorkerns etwa durch Bruch des Primärkreislaufs. Bei Luft- oder Wassereintritt in den Reaktorkern kann Wasserstoff oder Kohlenmonoxyd entstehen, explodieren und die Radioaktivität des Reaktorkerns freisetzen. Es fehlt auch bisher eine Sicherheitsstudie für Hochtemperaturreaktoren.
4. Auch die Hoffnung, schon in wenigen Jahren den Hochtemperaturreaktor wirtschaftlich zur Erzeugung hoher Temperaturen für die Kohlevergasung nutzen zu können, wird sich in diesem Jahrtausend kaum erfüllen lassen. Die Entwicklung von Hochtemperaturwerkstoffen, um Wärme von über 850 Grad aus dem Reaktor übertragen zu können, wird noch mindestens zehn Jahre dauern. Es ist heute völlig ungeklärt, ob wirtschaftlich arbeitende Kohleveredelungsanlagen überhaupt in einem Industrieland wie der Bundesrepublik bei dem immensen Flächenbedarf und noch nicht abschätzbaren Umweltbelastungen eingesetzt werden können. Es muß auch die Frage gestellt werden, ob die Konzentration auf die Entwicklung eines Reaktortyps speziell für Hochtemperaturwärme die richtige energiepolitische Strategie darstellt, da Öl in großem Maße nur bei der Beheizung von Gebäuden und bei der Erzeugung von Warmwasser eingespart werden kann, und hier nicht durch Hochtemperaturwärme ersetzbar ist.
5. Eine neue Reaktorlinie kann nur eingeführt werden, wenn auf internationaler Ebene bei der Entwicklung und Markteinführung zusammengearbeitet wird. Die internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Hochtemperaturreaktors steht allerdings seit dem Rückzug der USA 1975 nur noch auf dem Papier. Die Markteinführung des Hochtemperaturreaktors wird im nationalen Alleingang nicht zu verwirklichen sein.

Auch für den Hochtemperaturreaktor kann bald gelten, was Professor Edward Keller im Dezember 1980 zum Schnellen Brüter sinngemäß äußerte:

"... Wenn man mit soviel Aufwand an Geld und Personal solange Zeit so wenig Erfolg ... gehabt hat, wirdes Zeit, sich etwas anderes zu überlegen."

Für die Energieforschung und Energiepolitik muß in den nächsten Jahren die Politik des raschen "Weg vom Öl" Vorrang haben. Dies bedeutet, daß vor allem Maßnahmen, die schnell greifen und nicht erst technologisch entwickelt werden müssen, Vorrang haben. Für die Energieforschung bedeutet dies: Konzentration auf Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energieträger. Diese energiepolitische Prioritätensetzung muß auch von der staatlichen Forschungspolitik stärker als bisher unterstützt werden. Deshalb muß der Bund sich aus seinem massiven finanziellen Engagement beim Bau der Reaktoren in Kalkar und Schmehausen zurückziehen, auch wenn dies zu einem Stopp für beide Projekte führt.

(-/1.4.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf einer Arbeitnehmerkonferenz der SPD in Dortmund hat sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt auch zu Fragen der Mitbestimmung geäußert. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Ausführungen dokumentieren wir den Text.

Eine der bedeutendsten sozialen Errungenschaften ausbauen

Es liegt nahe, daß ich mich hier auch zum Problem der Mitbestimmung äußere. Dies ist und bleibt für uns ein zentraler Bezugspunkt für die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen in der Wirtschaft. Die Erfahrung zeigt, daß gesicherte Mitbestimmungsrechte geeignet sind, teils die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern und zum anderen Teil schwierige wirtschaftliche Herausforderungen besser zu bestehen.

Für uns Sozialdemokraten bleibt die Kompaßnadel unverändert auf gleichberechtigte Mitbestimmung in der Großwirtschaft gerichtet. Gerade in ökonomisch schwierigen Zeiten brauchen wir mehr und nicht weniger Mitbestimmung und Mitwirkung für die Arbeitnehmer. Arbeitnehmer sollen mitentscheiden können über den technologische und strukturellen Wandel und nicht nur deren Folgen tragen müssen. Im Godesberger Grundsatzprogramm sagen wir: "Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohle-Bergbau ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft weiter zu entwickeln."

Ende der 60er Jahre haben wir einen dementsprechenden Gesetzentwurf zur umfassenden paritätischen Mitbestimmung in der Großwirtschaft vorgelegt. Wir fanden dabei keine parlamentarische Unterstützung, auch nicht in der Großen Koalition mit der CDU/CSU.

1972 wurde von uns gegen den Widerstand der großen Mehrheit der Opposition das Betriebsverfassungsgesetz reformiert. 1976 haben wir - unterhalb der vollen Parität - einen Schritt zum Ausbau von Mitbestimmung machen können, der vielfach skeptisch aufgenommen worden ist, aber jedenfalls einer großen Zahl von Arbeitnehmervertretern die Möglichkeit gegeben hat, sich wesentlich mehr Information als bisher zu verschaffen und dadurch kritischen Durchblick zu gewinnen.

1978/79 haben wir die Freiheit der Entscheidung über die Wirtschaftsordnung gegen die Mitbestimmungsklage der Arbeitgeberfunktionäre zu verteidigen gehabt. 1980 haben Sozialdemokraten einen Gesetzentwurf zur Abwehr des Anschlages auf die Montan-Mitbestimmung vorgelegt und 1981 ein Gesetzgebungsverfahren in Gang gebracht, um der drohenden Aushöhlung der Montan-Mitbestimmung - nicht nur bei Mannesmann, sondern auch bei anderen - entgegenzutreten zu können.

Die CDU/CSU hat im Vorfeld der ersten Lesung der Bundesregierung am Freitag letzter Woche den Versuch gemacht, sich als Gralshüter der Montan-Mitbestimmung darzustellen. Ein ursprünglich angekündigter Gesetzentwurf schrumpfte zur Resolution. Übrig geblieben ist ein taktisch begründetes "Verwirrspiel", das keinerlei Fortschritt in der Sache erwarten läßt.

Es tut mir leid, daß die grundsätzliche Haltung unserer Partei und die Koalitionsvereinbarung vom November letzten Jahres nicht überall gut genug verstanden worden sind. Es kann keine Rede davon sein, daß wir einem Auslaufen der gegenwärtigen Gesetzeslage zugestimmt haben. Richtig ist vielmehr, daß wir dem Auslaufen, das wir bei Mannesmann zum 1. Juli zu erwarten hätten - und entsprechend bei anderen, die folgen würden - einen Riegel vorschieben. Über die Anschlußgesetzgebung ab Mitte 1987, im Jahr vor der übernächsten Bundestagswahl, entscheiden die parlamentarische und gesamtpolitischen Verhältnisse, mit denen wir es dann zu tun haben.

Die Forderungen der Gewerkschaften auf eine Sicherung der Mitbestimmung, über die sechs Jahre hinaus, decken sich mit dem Ziel sozialdemokratischer Politik. In den nächsten Jahren werden wir uns anzustrengen haben, das öffentliche Bewußtsein zu schärfen, damit besser verstanden wird, weshalb auf den unterschiedlichen Gebieten von Mitwirkung, Mitverantwortung, Mitbestimmung etwas nach vorn bewegt werden muß.

Die Gewerkschaften müssen ganz sicher auch noch einiges tun, um die organisierten Arbeitnehmer ausreichend zu unterrichten und - wie es im Neudeutschen heißt - zu motivieren. Denn nur Gewerkschaften und Sozialdemokraten zusammen werden es schaffen, eine der bedeutendsten sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit auszubauen.

(-/1.4.1981/ks/oa)

Verantwortlich: Willi Carl